
2036/A(E) XXIV. GP

Eingebracht am 05.07.2012

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

des Abgeordneten Kickl
und weiterer Abgeordneter

betreffend eine innerösterreichische Lösung für den Fachkräftemangel

Mitte Juni ist die Fachkräfteverordnung für das Jahr 2012 in Kraft getreten. Nach der Begutachtungsphase wurde die Liste um den Beruf der diplomierten Krankenschwester bzw. des diplomierten Krankenpflegers erweitert und umfasst nun 26 Berufe. Mit der sog. Mangelberufsliste wird der letzte Teil der sog. Rot-Weiß-Rot-Card umgesetzt, die bereits 2011 in Kraft getreten ist.

Es sollen nun ausländische Fachkräfte am österreichischen Arbeitsmarkt zugelassen werden, die in einem der 26 Mangelberufe eine abgeschlossene Berufsausbildung nachweisen, die zumindest mit einem österreichischen Lehrabschluss vergleichbar ist.

Der österreichische Fachkräftemangel darf nicht mit dem Hereinholen von ausländischen Fachkräften bekämpft werden, es muss eine innerösterreichische Lösung angestrebt werden.

Ein ausreichendes Kursangebot und Fördermöglichkeiten für Ausbildungen in diesen 26 Berufen müssen sichergestellt werden. Nicht nur arbeitslose Personen sollen eine besondere Unterstützung für die Umschulung in einen Mangelberuf erhalten, sondern auch Wiedereinsteiger und jene Personen, die einen Berufswechsel überlegen, sollen verstärkt für diese Mangelberufe motiviert werden.

Aus diesen Gründen stellen die unterfertigten Abgeordneten daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Der Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz wird aufgefordert, ein ausreichendes Kursangebot und Fördermöglichkeiten für Ausbildungen in den 26 Mangelberufen sicherzustellen. Nicht nur arbeitslose Personen sollen eine besondere Unterstützung für die Umschulung in einen Mangelberuf erhalten, sondern auch Wiedereinsteiger und jene Personen, die einen Berufswechsel überlegen, sollen verstärkt für diese Mangelberufe motiviert werden.“

In formeller Hinsicht wird um Zuweisung an den Ausschuss für Arbeit und Soziales ersucht.

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.